

IG Bau kritisiert Hetze gegen Hartz-IV-Empfänger

**Gewerkschaft unterstützt landesweite
Demonstration am 20. März 2010**

Ausgehend von den bereits im Jahr 2009 stattgefundenen Demonstrationen des Bündnisses "Wir zahlen nicht für eure Krise" in Frankfurt und Berlin am 23. März 2009 und den europaweiten Demonstrationen der Gewerkschaften am 16. Mai 2009, greift die IG BAU, Bezirksverband Mülheim-Essen-Oberhausen die Initiative zu einer landesweiten Demonstration auf und wird sich an den Vorbereitungen wie der Durchführung einer Demonstration gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Rentner und Menschen ohne Arbeit beteiligen.

In ihrer Erklärung vom 19. Januar heißt es dazu: "Im Agenda-Jahr 2010 ist zu sehen, dass die Diskriminierung und Hetze gegen Hartz-IV-Empfänger seitens der Regierenden verschärft wird. Die Angriffe gegen das Recht auf Gleichbehandlung bei der Gesundheitsfürsorge, das Recht auf gleiche Bildung in der Schule, Universität und Ausbildung werden durch Politiker wie Koch und anderen massiv geführt. Führende Unternehmervertreter erdreisten sich, von den Lohnabhängigen 'einen Beitrag zur Bekämpfung der Krise' zu fordern und bei Lohnforderungen 'Zurückhaltung' zu üben. Wo gerade die Bürger als Hauptsteuerzahler den entscheidenden Teil der Bankenrettung zahlen werden. Wir erwarten von dieser Regierung keine Rücknahme der bisherigen Verschlechterungen unserer Lebensverhältnisse. Wir haben keinen Grund zur Annahme, dass in NRW eine CDU/FDP geführte Landesregierung außer Sprüchen dagegen hält. Deshalb werden wir uns wehren!

Wollen wir weitere Verschlechterungen aufhalten, müssen wir selbst aktiv werden.

Mit einer zahlreichen, starken Beteiligung unserer Mitglieder an den kommenden Abwehrkämpfen werden wir die Meinung des Volkes auf die Straße tragen."

Der Bezirksbeirat beauftragt den Bezirksvorstand der IG Bau, sich an den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen zu einer landesweiten Demonstration am 20. März 2010 in Essen zu beteiligen und die IG BAU-Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen. Er fordert den DGB und seine Einzelgewerkschaften auf, sich ebenfalls einzubringen, zu beteiligen und aufzurufen.

 [zurück](#)

[Artikel versenden](#)